

Generalversammlung 2010 Jahresbericht der Präsidentin

Liebe Mitglieder des Trägervereins

Dass 2009 für uns ein so bedeutsames und erfolgreiches Jahr werden würde, übertraf alle Erwartungen. Wer hätte geglaubt, dass sich die lokale und regionale Politik nun wirklich tiefgreifend mit den Recherchen, Fragen und Anregungen des Bürgerforums auseinandersetzen muss?

Wir sind Teil eines überall spürbaren neuen Zeitgeistes und Aufbruchs. Weltweit werden sich die Menschen immer bewusster, dass nur jene Rechte gelten, die auch nachdrücklich und klar eingefordert werden. Unter dem Eindruck von Krisen und zerfallenden Systemen beginnen nun viele, eine wünschenswerte Zukunft selber zu formulieren und dafür einzustehen. Wir Bürger vertrauen nicht mehr blind auf wortreiche Versprechungen von oben und sind unterwegs, unsere eigenen Handlungsspielräume zu entdecken.

Manipulationen verlieren ihre Wirkung

Viel zu lange liessen wir uns durch manipulative Medieninfos täuschen und landauf - landab durch ganze Bataillone von Politpsychologen und Werbespezialisten berieseln. Mit allerlei Tricks und Wortblasen brachte man uns immer wieder soweit, gegen unsere eigenen Interessen abzustimmen – und im Nachhinein auch die Rechnung dafür zu bezahlen. Doch Desinformation kann nur so lange wirken, bis man sie durchschaut. Inzwischen vernetzen sich immer mehr Menschen, tauschen Informationen aus und ermutigen sich gegenseitig. Das Bürgerforum organisierte zu diesem Zweck unter anderem auch zwei Treffen mit anderen Bürgerbewegungen in der Region Zürichsee.

Dank vielen Impulsen von innen und aussen und guter Teamarbeit können wir nun schrittweise fairere Informations-Voraussetzungen schaffen. Für die kommenden Abstimmungen über die Entwicklung unserer Gemeinde wird dies sehr bedeutsam sein:

- Ein Meilenstein für eine sachgerechtere Meinungsbildung wurde an der Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2009 gesetzt. Es ist nun Schluss mit dem Gemeindegemagazin, seiner fragwürdigen Redaktionskonzeption und seiner glorifizierenden Masterplan-Projektwerbung. Zusammen mit der SVP-Ortspartei erreichten wir, dass der entsprechende Budgetposten gestrichen wurde. Hunderttausende von Steuer-geld-Franken sind somit wieder frei für sinnvollere Aufgaben.
- 2009 gelang es uns auch, einige Seilschaften zu enttarnen, die bisher grossen – und leider auch extrem kostspieligen – Einfluss auf die Gemeindepolitik ausüben konnten, wodurch das übergeordnete Interesse der Allgemeinheit unterhöhlt wurde. Das Resultat unserer Recherchen ist ein umfangreiches Faktenpapier, das uns als Arbeitsgrundlage und zur Anregung der öffentlichen Diskussion dient. Sowohl der Gemeinderat, als auch die Präsidenten der Ortsparteien erhielten es zur Kenntnis und das Dokument ist auch auf unserer Webseite aufgeschaltet: *„Beratungs- und Planungsfirmen bewirtschaften den öffentlichen Raum, Hintergründe, Zusammenhänge, Konsequenzen“*.

Ein eigenes Publikationsorgan

Erfreulicherweise sind wir dank dem Aufbau eines eigenen Publikationsorgans nun nicht mehr ausschliesslich auf Goodwill bzw. Courage der offiziellen Medien angewiesen. Dass die Lancierung eines eigenen und relativ kostengünstigen BF-Infos im letzten Jahr mit bereits zwei Ausgaben möglich geworden ist, verdanken wir einem spontan gebildeten, sehr motivierten Redaktionsteam und grosszügigen Spendern, die den Druck der ersten beiden Hefte finanzierten. Letztlich ausschlaggebend war aber Ihre Hilfe, liebe Trägervereinsmitglieder; rund vierzig Personen aus unserem Kreis waren bereit, die aufwändige Verteilung in allen 5 Ortschaften der Gemeinde zu übernehmen. Die Bürgerschaft bekommt dadurch eine vernehmbare Stimme und unser Forum ein wichtiges Standbein im gesellschaftspolitischen Leben der Gemeinde Freienbach. Es ist nun möglich, unsere ergänzenden Informationen direkt und ohne Maulkorb zu vermitteln. Das freut uns riesig – und ich möchte mit Ihnen heute abend noch gehörig darauf anstossen!

Kommunikation Bürgerforum/Gemeinderat

Beim Umgang mit den Behörden halten wir uns möglichst sorgfältig an die ethischen Werte, zu denen wir uns in der Bürgerforums-Charta selbst verpflichtet haben. Unsere politische Arbeit erfordert immer wieder Mut, Disziplin und eine klare Analyse der Vorgänge – auch auf der menschlichen Ebene. Obwohl wir dem Gemeinderat auch im vergangenen Jahr eine gute Zusammenarbeit anboten und zu vielen Sachgeschäften konstruktive Vorschläge und Anträge einbrachten, stiessen wir häufig auf Abwehr. Hinter der hie und da geäusserten Kritik an unserem Engagement verbergen sich nicht selten Abhängigkeiten und eine gewisse Verlegenheit gegenüber dem freien Denken der Gemeinde-Bevölkerung, für deren Bedürfnisse das Forum ja ausdrücklich geschaffen wurde. Wenn wir die öffentliche Lebensqualität und demokratische Pflichten und Rechte thematisieren, lassen wir uns deshalb weder von Arroganz, noch von Aggressivität einschüchtern oder gar zum Schweigen bringen.

Den Gipfel eines solchen Fauxpas bildete wohl die Äusserung der Finanzchefin unserer Gemeinde im Zusammenhang mit der spekulativen Steuergeld-Anlage von 5 Millionen bei Horizon21: Die nachdrücklich und öffentlich gestellten Fragen des Bürgerforums seien „infam“ - laut Duden zu übersetzen mit ‚niederträchtig, gemein, abscheulich‘. Dies, obwohl unsere Fragen stets sachlich waren und immerhin eine Fehlinvestition betrafen, die gemäss Gemeinderechnung 2009 zu einem Verlust von 1.7 Millionen Franken führte. Der Forderung des Bürgerforums, sofort aus diesem unsäglichen Casino-Abenteuer auszusteigen, wurde zwar nach Monaten des Hinauszögerns dann doch noch entsprochen, der Gemeinderat fand aber bis heute kein Wort der Entschuldigung gegenüber den Freienbacher Steuerzahlern. Geradezu skandalös ist bei diesem Fehlinvestment aber der Persilschein, den die kantonalen Aufsichtsbehörden dem Freienbacher Gemeinderat ausstellten, obwohl dieser laut Hedge-Fonds-Vertrag extreme Risiken bis hin zum Totalverlust in Kauf genommen hatte. Kein Wunder, hat auch dadurch das Vertrauen in die Politik weiter gelitten.

Leider brachte auch die neugeschaffene Stelle einer Kommunikationsbeauftragten bisher keine Änderung der ‚Musik aus dem Gemeindehaus‘. Wir bedauern dies und setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Freienbacher Gemeinde-Kommunikation als Austausch zwischen ebenbürtigen Partnern verstanden und praktiziert wird.

Arbeiten und Themen 2009

2009 trafen wir uns zu insgesamt 20 Vorstandssitzungen, es fanden mehrere Redaktions-sitzungen und Sitzungen mit Ortspartei-Präsidenten und -Vertretern statt, sowie diverse Aussprachen mit Behördenmitgliedern, amtlichen Stellen und vielen weiteren Personen, die sich für die Angelegenheiten der Gemeinde Freienbach interessieren.

Daneben liefen die Tastaturen unserer Computer heiss und die Telefonhörer an gewissen Tagen ebenfalls.

Schwerpunkt-Info: Naherholungsgebiet Steinfabrikareal

Ich hole bei diesem Thema etwas weiter aus, da es mir wichtig ist, Sie als Trägervereinsmitglieder möglichst gründlich über unser erstes und besonders zentrales Anliegen zu orientieren.

Der gemeinderätliche Umzonungs-Vorschlag geht nochmals in die Verlängerung!

Nachdem unserer Umzonungsinitiative im November 2006 klar zugestimmt und verlangt worden war, dass eine Abstimmungsvorlage für ein grossflächiges Naherholungsgebiet auf dem gesamten Steinfabrikareal vorzubereiten sei, hatte der Gemeinderat ja bekanntlich nach einer ersten, korrekten Vorlage im Frühling 2008 eine zweite ausgearbeitet, die dem Initiativ-Anliegen absolut nicht mehr entspricht. Mit einem sogenannten ‚Kompromiss‘-Beschluss strebte er an, dass doch mehr als zwei Drittel mit verdichteten Wohn- und Gewerbebauten überdeckt werden könnten.

Unsere Beschwerden an den Regierungsrat und das Verwaltungsgericht wurden inhaltlich gar nicht behandelt. Man sprach uns in diesem baurechtlichen Verfahren einfach die Beschwerdeberechtigung ab. Dennoch war unsere Beteiligung an den Gerichtsverfahren sehr wertvoll, weil wir dadurch an wichtige Informationen gelangen konnten. Wir werden diese nun in die öffentliche Diskussion einbringen und richtig stellen können, was bisher gegen aussen verzerrt dargestellt oder gar nicht bekannt gegeben wurde.

- Die jetzt eingetretene Verzögerung verursachte der Gemeinderat selbst durch einen rechtswidrigen Entscheid im Sommer 2008. Es war darüber *in der Presse irreführend orientiert* worden, denn der *Gemeinderat hatte vor Gericht eben gerade nicht* Recht bekommen. Gegen seinen Willen und gegen den Willen der Grundeigentümer verlangten nun Regierungsrat und Verwaltungsgericht vom Gemeinderat doch ein erneutes Auflage- und Einspracheverfahren. Grund: die erste Vorlage sei schwerwiegend abgeändert worden. Dieses zusätzlich angeordnete Verfahren wird vom 12. Februar bis 15. März 2010 durchgeführt.
- Sowohl die Korporation, als auch ihr Präsident als kaufberechtigter privater Bauherr verloren vor Gericht mit ihrer Beschwerde, es dürfe gar keine Umzonung erfolgen. Im Entscheid wurde nämlich festgehalten, dass Grundeigentümer *kein Anrecht auf den dauernden Verbleib ihres Landes in derselben Zone* haben und dass die geplante Umzonung dem Richtplan des Kantons und demjenigen des Bundesamtes für Raumentwicklung entspreche. Das Verwaltungsgericht bestätigte, dass mit der Initiative der Eigentumsschutz *nicht* verletzt wird.
- Durch den Gemeinderat selbst wurde nachgewiesen, dass ein öffentlicher *Bedarf für die Überbauung des Areals gar nicht bestehe*, wir hätten auch so noch 500'000m²

Baulandreserve. Zudem stellt er selbst explizit einen hohen zusätzlichen Naherholungsraum-Bedarf fest. Das Steinfabrikareal eigne sich dafür bestens.

- Das Areal ist *ganz klar noch nicht baureif erschlossen*. Es kann darum auch sehr günstig für öffentliche Naherholungsbedürfnisse umgezont werden und benötigt keine zusätzlichen teuren Strassenbauten. Die Grundeigentümer haben in ihren Rechtschriften selbst preisgegeben, dass die *Umfahrung für die Überbauung des Steinfabrikareals gebaut werden müsse*. Anderslautende offizielle Behauptungen erwiesen sich samt und sonders als falsch: die Unterführung ist nur 4.70 Meter breit und entspricht damit bei Weitem nicht den Minimalvorschriften. Der aktuelle Erschliessungsplan des Unterdorfs ist fehlerhaft und darum ungültig. *Das Umzonen des Areals wäre nur dann wirklich teuer, wenn die Stimmbürger vorher der Erschliessung durch die Umfahrung zustimmten*. Das müssten wir dann doppelt zahlen: erstens für die Strasse und zweitens für die Wertsteigerung des Areals, die durch die gigantische Verkehrserschliessung des Pfäffiker Unterdorfs überhaupt erst ausgelöst würde.
- Die gemeinderätliche Schrumpf-Umzoning auf einen Drittel der Gesamtfläche sieht vor, die bestehende Vorschrift im Baureglement über einen 20%-Anteil für *den kostengünstigen Wohnungsbau ersatzlos zu streichen* – trotz den Lippenbekenntnissen des Gemeinderates, er wolle sich ganz besonders stark für günstige Wohnungen einsetzen. Aus den Akten ging ausserdem eine ganz pfiffige Geschichte hervor: Gemäss gelten-dem Baureglement Anhang B, C.2. S. 36 muss *für einen 20%-Anteil kostengünstigen Wohnungsbau ein Dienstbarkeitsvertrag abgeschlossen werden, damit die Umzoning aus den 90er-Jahren überhaupt rechtskräftig werde*. Das ist aber bis heute nicht geschehen! Auch aus diesem Grund ist das Areal noch gar keine teure Wohn- und Gewerbezone. Die Anwälte der Grundeigentümerin und ihres Präsidenten erlaubten sich, die Verpflichtung zu kostengünstigem Wohnungsbau als nicht mehr gültig zu bezeichnen; diese Einschränkung sei damals nur „abstimmungstechnisch“ eingeflossen. Das heisst im Klartext: Anfang der Neuzigerjahre wurden die Stimmbürger offensichtlich bewusst damit manipuliert, um der Umzoning und Aufwertung des Areals so eher zuzustimmen.
- Laut dem gemeinderätlichen Umzonungs-Kompromiss wäre zudem auf dem schmalen Reststreifen, das als Park umgezont werden sollte, mehr *grau als grün vorgesehen*, denn dort sollten nach den Plänen irgend eines Wettbewerbsteams dicht aneinander gedrängt all jene Freizeitbauten entstehen, die vorher für das gesamte Areal gedacht waren; „Parkierungsanlagen, Sportanlagen wie Minigolf und Bogenschiessanlage, Restaurant, Kulturraum, Kiosk, WC-Anlage, Turm etc.“ und dies alles direkt vor der Grossüberbauung für mehrere Hundert Einwohner und Gewerbe. Einschränkungen für die Durchführung von Veranstaltungen und eine sogenannte ‚soziale Kontrolle‘ durch die neuen Bewohner sind ebenfalls bereits explizit erwähnt.

Wie geht es jetzt weiter mit dem Steinfabrikareal?

Im Januar boten wir Vertretern des Gemeinderates einmal mehr an, gemeinsam mit der Grundeigentümerin und ihrem Präsidenten eine allseits befriedigende Lösung zu suchen. Doch unser Vorschlag eines Runden Tisches wurde unverständlicherweise erneut abgelehnt. Weiterhin soll somit viel Geld aus der Gemeindekasse unnütz verausgabt werden.

Gemäss Entscheid des Verwaltungsgerichts findet nun also aktuell gegen den Willen des Gemeinderates und auch gegen den Willen der Grundeigentümerin ein zweites Auflageverfahren statt. Als Hauptinitiantin werde ich zwar wiederum Einsprache erheben. Ich bin aber

auch in dieser Zusatzrunde nicht berechtigt, anschliessend eine Beschwerde einzureichen. Erst wenn auch dieses baurechtliche Verfahren abgeschlossen ist und eine Abstimmungsvorlage den Stimmbürgern präsentiert wird, die dem Initiativbegehren weiterhin nicht entspricht, haben wir endlich die Möglichkeit, *Stimmrechtsbeschwerde* einzulegen.

Noch immer stehen die Chancen gut, dass das Areal der ehemaligen Steinfabrik zu einem wertvollen Naherholungs-Park wird und nicht zu einer gigantischen Überbauung mit Pseudopark-Anhängsel, wofür wir erst noch eine sündhaft teure Erschliessung finanzieren müssten.

Zonenplanung

Als Trägervereinsvorstand beteiligten wir uns am Mitwirkungsverfahren zum städtebaulichen Konzept und der entsprechenden Teilzonenrevision Zentrum Pfäffikon. Das Bürgerforum hat aber keine Legitimation, Einsprachen und nachfolgend allenfalls auch Beschwerden einzureichen. In baurechtlichen Verfahren ist dies frühestens nach zehnjährigem Bestehen des Vereins möglich, d.h. ab 2017. Deshalb reichte ich am 8. Februar 2010 als Privatperson im Sinne der bisherigen Bürgerforumsanliegen eine Einsprache ein. Ich beantragte die sofortige Sistierung dieser Teilrevision, die faktisch nichts weiter sei als eine extreme Aufzoning des Zentrums. Stattdessen verlangte ich die Wiederaufnahme der Gesamtrevision unserer Gemeinde-Zonenplanung. Diese war auf die lange Bank geschoben worden, weil die Behörden zuerst die Masterplan-Projekte bei den Stimmbürgern durchboxen wollten. Ausserdem beantragte ich die Offenlegung der gesamten bisherigen Ausgaben für diese vorgezogene Teilrevision.

Unsere Schwerpunktargumente gegen die Umzonungsvorlage Zentrum Pfäffikon:

Verletzung diverser Rechtsnormen

- Der Gemeinderat und sein Beirat würden extrem erweiterte Beurteilungs- und Entscheidungsspielräume erhalten: die generelle Gestaltungsplan-Pflicht gäbe ihnen das Recht, unkontrolliert Ausnahmegewilligungen zu erteilen.
- Eine reglementsgemässe, einheitliche Bewilligungspraxis wäre nicht mehr sichergestellt.
- Daraus würde eine generelle Rechtsunsicherheit entstehen, was bei fast jedem Baugesuch automatisch Beschwerden mit einem Rattenschwanz von Schadenersatz- und Verantwortlichkeitsklagen nach sich ziehen würde. Verzögerungen, Verteuerung, und ein schlechtes Vertrauensklima wären die Folgen.

Falschaussagen zum Zusammenhang Umfahrung Pfäffikon/Teilzonenplan Zentrum Pfäffikon

- Die Behauptung, der Teilzonenplan könne auch realisiert werden, *ohne* dass die Umfahrung Pfäffikon gebaut würde, ist unhaltbar. Es wird absolut unmöglich sein, all den durch die extreme Aufzoning bedingten Mehrverkehr ins heutige Strassennetz einzuspeisen.
Die Churerstrasse und die als Schleichwege benützten Quartier- und Verbindungsstrassen sind auch ohne verdichtete Ortszentren hoch belastet. Tausende von zusätzlichen Autos würden den Zentrumsverkehr ersticken.

Fehlende Vorteile für die Gemeinde

- Die Vorlage enthält keinerlei verbindliche Qualitätsbeschreibungen zugunsten einer gesellschaftsrelevanten Aufwertung des Zentrums.
- Bestimmungen für den erleichterten Erwerb von grösseren Zentrums-Freiräumen für die Öffentlichkeit fehlen.

- Die Nutzniesser der Aufzonung werden zu keiner Gegenleistung zugunsten der Gemeinde verpflichtet.
- Vollkommen unberücksichtigt bleiben die vielen negativen Auswirkungen der extremen Aufzonung auf benachbarte Quartiere und die weitere Region.
- Auch zusätzlich erforderliche öffentliche Parkierungsmöglichkeiten im Zentrum bleiben ausgeklammert.
- Es gibt keine eindeutig definierten Bestimmungen zugunsten des Langsamverkehrs und des ÖV, sondern nur unverbindliche Floskeln.
- Die grossartig klingenden Freiflächenziffern (55%, resp. 65%) sind irreführend: selbst Dachflächen von ein- und zweigeschossigen Gebäuden dürften als Freifläche angerechnet werden, wenn sie über „Korridore, Treppen und Lifte verfügen und *allgemein zugänglich sind*“.

Die Einsprache ist auf unserer Webseite abrufbar und kann auch als Kopie beim Sekretariat bezogen werden.

Verkehrsprojekte

Auch 2009 engagierten wir uns intensiv für die Beschaffung von Sachinformationen zu den Masterplan-Projekten, nahmen an Infoveranstaltungen teil und waren mit den jeweils betroffenen Gruppierungen in regem Kontakt, speziell auch in Wilen, wo sich rund um den Ortsverein eine starke Opposition aufbaute.

Inzwischen zeichnet sich ein unaufhaltsamer Zerfall des Masterplan-Konstrukts und des ebenfalls ohne Beteiligung der Bevölkerung forcierten „Agglomerationsprogramms Obersee“ ab. Auch die Parteien sind verunsichert und zögerlich geworden in ihrer Unterstützung des ganzen Zaubers. Den Behörden fällt es zunehmend schwer, trotz grossem Aufwand alle auf eine Linie einzuschwören.

Zwei Verantwortliche des majestätisch propagierten Masterplans verlassen bereits das sinkende Schiff: Regierungsrat Bösch zieht sich im Herbst durch seinen Rücktritt aus der Affäre, und auch der Wollerauer Gemeindepräsident tritt zurück. Es ist durchaus denkbar, dass noch weitere Abschiede folgen - und letztlich kaum jemand für die eklatanten Fehlplanungen der vergangenen Jahre zur Rechenschaft gezogen wird.

Diverse Schwachpunkte in diesen Projekten, auf die wir schon lange hinweisen, brachten im letzten Jahr eine ganze Lawine von Planungsänderungen ins Rollen. Die „Lösungsvarianten“ wurden dabei immer noch zahlreicher, noch kostspieliger und noch absurder. Dabei waren einmal mehr wir Steuerzahler die Verlierer, während sich private Planer und Berater dank des Goodwills der Auftraggeber eine extra dicke Schicht Butter aufs Brot streichen konnten. Ich bin überzeugt, dass der Umfang der Aufträge und Zahlungen an diese ‚hilfreichen Geister‘ und die Interessenbindung an weitere verdeckte Profiteure nicht mehr lange geheim bleiben kann, auch wenn uns der Gemeinderat entsprechende Auskünfte bisher noch vorenthält. Als Bürger haben wir ein Anrecht auf Faktenkenntnis!

Zum Schluss hier noch ein paar wichtige Hinweise zu den Abstimmungen 2010 über die ‚Umfahrung Pfäffikon‘ und über die ‚Autobahnanschlussverlegung Wollerau‘, die beide ein miserables Kosten-Nutzen-Verhältnis und eine negative Umweltverträglichkeits-Bilanz aufweisen. Lassen Sie sich durch die jüngsten Verwirrspiele nicht weiter irritieren:

- Die kursierende Behauptung, die Autobahnanschluss-Verlegung in die Öltrotte könne auch ohne Fällmistunnel realisiert werden, ist falsch. Ohne Fällmistunnel ist auch die Verlegung des Wollerauer Anschlusses endgültig passé. Ebenso falsch ist die Suggestion, der Zubringer aus Freienbach und der Halten-Vollanschluss seien nur im Gesamtpaket realisierbar. Es handelt sich um zwei getrennte Projekte, wovon der Vollanschluss Halten allein eine viel bessere Kosten-/Nutzenbilanz zeitigt, als wenn auch noch ein Zubringer gebaut würde.
- Dass die Behörden auch bei der Umfahrungsplanung Pfäffikon nicht korrekt und nicht transparent vorgehen, zeigen neueste Informationen, die uns aufgrund einer Stimmrechtsbeschwerde unseres Vorstandsmitglieds Walter Heusser erreichten. Die unter fragwürdigen Bedingungen zustande gekommene Beschaffung eines Planungskredits von sage und schreibe 870'000 Franken für eine zusätzliche Variante Umfahrung Ost hat nun ein juristisches Nachspiel. Es lagen nämlich weder dem Gemeinderat, noch den Rechnungsprüfern Belege vor für einen Nachkredit von insgesamt 650'000 Franken. Dieser Betrag wurde zwar in der Botschaft zur Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2009 als „Nachkredit“ und damit als bereits ausgegeben deklariert, dann aber überraschend noch während der Versammlung um fast eine halbe Million reduziert und ins Budget 2010 verschoben.

Rundblick und Dank

Noch bei vielen weiteren Sachfragen haben wir uns 2009 engagiert, an die ich hier nur summarisch erinnern möchte: Gemeindehaus, Mobilfunkantennen, Wegweiserkonzept, neue Kantonsverfassung, Landschaftsentwicklung des Bezirks, Stimmzählung an Gemeindeversammlungen, Sperrung der Bahnhofstrasse Pfäffikon für eine private Baustelleninstallation etc., etc.

Meist haben wir darüber in den Medien berichtet, und auf unserer Webseite wurden die wichtigsten Dokumente aufgeschaltet. Es freut uns, wenn Sie sich dort informieren oder direkt mit dem Vorstand Kontakt aufnehmen, falls Sie etwas genauer wissen möchten.

In unserer Turbo-Region suchen viele Leute vermehrt nach echter Verlässlichkeit und ehrenhaftem Verhalten, nach Heimat und einer Lebensqualität, die auf liebenswürdigem und achtsamen Umgang mit Menschen, Natur und Geschichte beruht. Dafür hat sich unser Vorstand im letzten Jahr nach Kräften eingesetzt und wir werden es mit Ihrer Unterstützung auch weiterhin tun.

Ich bin sehr glücklich, dass wir immer wieder auf Sie, liebe Trägervereinsmitglieder, zählen dürfen. Ihre Erfahrungen und Ihr Wissen, Ihre sachlich wertvollen Hinweise und Ihr aktives Mithelfen, waren grossartig. Ganz herzlichen Dank an Sie alle und natürlich ganz besonders an meine lieben Vorstandskollegen Walter Heusser, Franziska Eicher, Josef Bachmann, Köbi Brändli und Peter Odermatt mit denen die Zusammenarbeit sehr lehrreich und vielfältig, aber auch menschlich wertvoll und immer wieder gemütlich ist.

Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Pfäffikon, 23. Februar 2010

Irene Herzog-Feusi
Präsidentin des Bürgerforum-Trägervereins